

**"Wer ist verantwortlich für Berufsfähigkeit/
für die Qualität der Bildung?"**

**Vortrag von Karl-Heinz Heinemann ©
20.11.2007 in Braunschweig**

anlässlich der Tagung

Bildung im Aufbruch

Bildung im Abbruch

Bildung im Umbruch

Wer ist verantwortlich für Berufsfähigkeit?

"Wer ist verantwortlich für Berufsfähigkeit/für die Qualität der Bildung?"

von Karl-Heinz Heinemann © 20. 11.2007 in Braunschweig

An einer Kölner Hauptschule habe ich Schulabgänger interviewt. Der 17-jährige Erdil war nach der Grundschule gleich auf die Hauptschule gekommen, die hat er mit passablen Leistungen absolviert. Er spricht zwar deutlich und verständlich, aber so, dass man seine türkische Herkunft heraus hört, und er ist beim Sprechen gehemmt. Erst hatte er sich bei den Chemieriesen in der Umgebung, Exxon und Bayer Leverkusen beworben, vergeblich. Doch er war flexibel, hat es bei Kfz-Werkstätten versucht, schließlich auch noch als Maler und Anstreicher. Er hat bei der Malerinnung einen Kurs absolviert, sich bescheinigen lassen, dass er ein guter und verständiger Mitarbeiter ist – vergeblich. Nach 35 Bewerbungen geht er jetzt in eine Übergangsmaßnahme – einen Kurs, für den er auch jeden Tag jeweils eine dreiviertel Stunde hin- und Rückfahrt absolvieren muss.

Erdil ist deprimiert, vor allem, seitdem er erfahren hat, dass sein Klassenkamerad Jens auf Anhieb eine Lehrstelle bekommen hat. Der hat eine bewegte Schulkarriere hinter sich: Erst ging er aufs Gymnasium. Dort bekam er Probleme, seine Eltern schickten ihn aufs Internat. Auch da blieb er nicht lange, er wechselte zur Realschule und schließlich landete er auf der Hauptschule. Hier war er faul, sein letztes Zwischenzeugnis wies über 30 unentschuldigte Fehlstunden auf. Trotzdem bekam er die Lehrstelle bei einem Elektrofachhändler.

Erdil hadert mit seinem Schicksal. Ist es plumpe Ausländerdiskriminierung, warum er solche Schwierigkeiten hat? Wohl auch. Aber der faule Jens hat ihm etwas voraus. Er hat in seiner bewegten Schulkarriere, Gymnasium, Internat, etwas gelernt, was man an der Hauptschule kaum mitbekommt, vor allem nicht, wenn man ausländischer Herkunft ist: Sicheres Auftreten, einen bestimmten Habitus, wie der Bildungssoziologe Pierre Bourdieu sagt. Jens ist eloquent, kann den Witz in seinen Antworten richtig dosieren, er wirkt aufgeschlossen und freundlich.

Der Unterschied zwischen Erdil und Jens hat etwas zu tun mit dem etwas unbestimmten Schrägstrich im Titel, den man meinem Beitrag gegeben hat: Wer ist verantwortlich für Berufsfähigkeit/Qualität der Bildung? Selbst für Erdil reicht es heute nicht mehr, von der Grundschule an strikt auf Ausbildungsfähigkeit getrimmt zu werden. Und ich weiß auch nicht, ob mit dem Thema gesagt werden soll, dass die Aufgabe der Schule sein soll, eine wie auch immer geartete Berufsfähigkeit zu generieren. Dem könnte ich nicht zustimmen.

1. Ich will zunächst die Begriffe Bildung und Berufsfähigkeit problematisieren und begründen, warum Berufsfähigkeit nicht reicht.
2. will ich fragen Welche Bildung brauchen wir?, wie haben sich die Anforderungen an die Menschheit verändert,
3. komme ich dann auf die Verantwortlichkeiten
4. Selbstverantwortung – Bildungsziel oder Ideologie?
5. Wer ist verantwortlich für die Bildung:

von der Vorschule, über die Schule und Hochschule bis zur beruflichen Bildung

5. Nötige Systemveränderungen – auch in der beruflichen Bildung

Selbst, wenn man lediglich die künftige Arbeit und den Beruf im Auge hat, kann das Ziel der Schule nicht die Berufsfähigkeit sein, sondern allenfalls die Ausbildungsfähigkeit. Und - ist Erdil nicht ausbildungsfähig? Er hat ausreichend Deutsch gelernt, sein Rechnen ist sogar ganz gut, und er hat sich als fleißig und anständig erwiesen. Und Jens? An seiner Zuverlässigkeit könnte man Zweifel haben. Trotzdem wird er bevorzugt. In erster Linie spielt sich die deutsche oder nicht-deutsche Herkunft eine Rolle. Aber nicht allein. Ich will nicht behaupten, dass Jens gebildet ist im klassischen Sinne, aber seine Bildungskarriere war, anders als die von Erdil, nicht von vornherein auf Ausbildung und Beruf angelegt.

Gymnasiallehrerinnen und -lehrer, die in der Oberstufe Seiteneinsteiger von der Realschule dazu bekommen wissen, worin die Schwierigkeiten bestehen, mit denen Schüler zu tun haben, die nicht das Gymnasium durchlaufen haben. Sie können sich nicht

so gut selbst darstellen, ihnen fehlt die scheinbare Sicherheit des Auftretens, der Mut zum Bluff, den man in der Universität und am Gymnasium lernt. Der Soziologe und Elitenforscher Michael Hartmann hat es einmal am Beispiel seines Sohnes verdeutlicht. Dessen Schulkamerad im Gymnasium stammt nicht aus einem Professorenhaushalt, sondern aus einer Angestelltenfamilie, in der noch niemand das Abitur hat. In Deutsch wird das antike Drama Antigone von Sophokles gelesen. Der Freund hat sich gut vorbereitet, er kann eine saubere Inhaltsangabe vom Blatt vortragen. Eine gute drei. Dann kommt Hartmanns Sohn dran. Der hat nicht, wie gefordert, die Antigone gelesen, aber weil er flüssig über die griechische Mythologie und ihre Bedeutung von die abendländische Kultur reden kann, Themen, die er im elterlichen Professorenhaushalt nebenher mitbekommen hat, hat er die Lehrerin trotzdem beeindruckt. Er bekommt eine eins. Diese Selbstsicherheit lernt man eben in einem Professorenhaushalt, und sie ist wichtiger als die Antigone wirklich gelesen zu haben. Diese feinen Mechanismen sorgen dafür, dass 80 Prozent der Topmanager aus einer kleinen Schicht der oberen 5 Prozent der Gesellschaft stammen.

Um Erfolg in der Schule und im Berufsleben zu haben braucht es also mehr und anderes als gute Rechtschreibung und Rechenfertigkeiten, von Berufsfähigkeit, wie im Titel, erst mal gar nicht zu reden, denn die ist nicht das Ziel der Schule. Was ist also heute das Ziel der Schule?

Es geht um Persönlichkeitsbildung oder Brauchbarkeit.

Früher war die Sache einfach, bis in die späten fünfziger Jahre. Da galt die Einteilung von Heinrich Weinstock:

„Dreierlei Menschen braucht die Maschine: den, der sie bedient und im Gang hält; den, der sie repariert und verbessert; schließlich den, der sie erfindet und konstruiert. Hieraus ergibt sich: Die richtige Ordnung der modernen Arbeitswelt gliedert sich ... in drei Hauptschichten: die große Masse der Ausführenden, die kleine Gruppe der Entwerfenden und dazwischen die Schicht, die unter den beiden anderen vermittelt. ... Daß diese Gliederung nicht nur im unmittelbaren Umkreis der Maschine gilt, sondern im Gesamtbereich unserer rationalisierten Arbeitswelt .. bedarf keiner besonderen Darlegung. ... Was ergibt sich nun aus dieser Struktur unserer modernen Arbeitswelt für den Aufbau des Bildungswesens? Eine dreigliedrige Schule.“

Selbst damals, vor 50 Jahren, war ein dreigliedriges Schulsystem schon weltweit hinterwäldlerisch. Dass man Sinn und Zweck von Bildung so kurzschlüssig aus den von der Maschine vorgegebenen Anforderungen herleitet widerspricht nicht nur der deutschen Bildungstradition, sondern genau genommen dem Artikel eins des Grundgesetzes, der die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Selbst, wenn wir nicht gleich zu so hehren Begriffen entschweben – Bildung, oder sprechen wir besser erst einmal von Schule, hat Menschen umfassend auf ihr Leben in einer Gesellschaft vorzubereiten. Und früher war es eben klar, dass die Teilhabe an der Gesellschaft für 90 Prozent der Gesellschaft sehr eng beschränkt war – sie mussten nicht viel mehr verstehen als ihre unmittelbare Umgebung, im übrigen wurden sie zu Untertanengeist und Gehorsam erzogen, für den Rest war die Religion zuständig. Das war die volkstümliche Bildung in der Volksschule bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts.

Im 18. Jahrhundert waren es die Philanthropen, wörtlich Menschenfreunde, die auf der einen Seite ja sehr fortschrittlich waren und eine breite Volksbildung durchsetzen wollten – jeder sollte seine Anlagen entfalten können, aber im Rahmen des ihm vorgegebenen Lebenskreises. Die Erziehung zur Brauchbarkeit wird zum Ziel der Schule. Nützliche, anwendbare Kenntnisse sollen vermittelt werden, und zwar so, wie sie dem jeweiligen Stand angemessen sind. Der Gegenentwurf kam von Humboldt – Bildung als Persönlichkeitsentwicklung, in einem Raum, der Freiheit von unmittelbarer Verwertbarkeit und Distanz zum Gegenstand ermöglicht, sicher auch mit dem Ziel, später im Beruf autonom und zweckmäßig handeln zu können.

Humboldt lehnt die Forderung ab, neben dem Gymnasium eine eigene Mittelschule einzurichten, denn »da die Bestimmung eines Kindes oft sehr lange unentschlossen bleibt«, bestünde das Risiko, »dass leicht Verwechslungen vorgehen, der künftige

Gelehrte zu lange in Mittelschulen, der künftige Handwerker zu lang in gelehrten verweilt und dadurch Verbildungen entstehen«. Vor allem aber lehnt Humboldt die Mittelschule ab als eine Schule für Arme, »die höherer Bildung entsagen müssen«, und besteht darauf, »die Übung der Kräfte auf jeder Gattung von Schulen allemal vollständig und ohne irgend einen Mangel vorzunehmen. Jeder, auch der Ärmste, erhalte eine vollständige Menschenbildung.«

Zweierlei sollten wir festhalten:

1. die allgemeine Menschenbildung steht nicht im Gegensatz zur beruflichen Brauchbarkeit, im Gegenteil: sie ist die Grundlage dafür, dass jeder Mensch seine Anlagen im Beruf und im sonstigen gesellschaftlichen Leben entfalten kann.
2. Humboldts Ideal wurde nie umfassend verwirklicht. Diese Form von Bildung war nur für die preussische Oberschicht reserviert.

Auf einer Gewerkschaftsveranstaltung sollte man daran erinnern, dass für die Arbeiterbewegung der Kampf um Bildung immer ein Kampf um Emanzipation war. „Die Schule ist das mächtigste Mittel der Befreiung, und die Schule ist das mächtigste Mittel der Knechtung — je nach der Natur und dem Zweck des Staats. Im freien Staat ein Mittel der Befreiung, ist die Schule im unfreien Staat ein Mittel der Knechtung. „Bildung macht frei“ — von dem unfreien Staat verlangen, daß er das Volk bilde, heißt ihm einen Selbstmord zumuthen.“

Sagte Wilhelm Liebknecht 1872 in seiner Rede mit dem berühmten Titel: „Wissen ist Macht – Macht ist Wissen“ vor dem Dresdner Bildungsverein. Aber der moderne Staat brauchte auch schon 1872 eine „gewisse Intelligenz“, also Bildung, aber als Dressur von Fabrikarbeitern, Rekruten und Steuerzahlern. Berufsfähigkeit also. Das kann nicht das letzte Ziel von Bildung sein.

Welche Bildung brauchen wir heute?

Dass die Qualifikationsanforderungen ständig steigen ist ja mittlerweile allgemein bekannt. Der Anteil der ungelerten Beschäftigten nimmt immer weiter ab. Insgesamt verschiebt sich die Beschäftigungsstruktur zugunsten des Dienstleistungssektors. Im Jahr 2002 waren 50 Prozent mehr in Dienstleistungen tätig als 22 Jahre vorher, im Jahr 1980. Das ist also noch nicht allzu lange her. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe um 40 Prozent ab. Gleichzeitig ändern sich die Beschäftigungsverhältnisse: Im Dienstleistungssektor gibt es weniger fest angestellte Facharbeiter und –angestellte, dafür mehr Selbstständige und Scheinselbstständige, Teilzeitarbeiter und andere Formen der prekarierten Arbeit.

Es sind zunächst auch ganz banale Dinge, die sich geändert haben: Praktisch von jedem Beschäftigten wird heute erwartet, dass er mit Computern umgehen kann. Arbeitsabläufe sind komplexer geworden – das betrifft auch Tätigkeiten, die bisher als wenig kopflastig galten – denken wir nur an den Installateur, der komplizierte Messarmaturen verstehen und handhaben muss, der für jeden Kundenauftrag seine Werte eingeben muss, meistens gleich in einen laptop, während er früher vom Meister seinen Auftrag bekommen hat und ihm abends gesagt hat, was er tagsüber gemacht hat.

Kein Wunder, dass vor diesem Hintergrund häufig über die mangelnde Ausbildungsreife geklagt wird. Gewachsen sind also die Anforderungen an allgemeine Qualifikationen.

Vor diesem Hintergrund sind PISA und all die anderen Studien zu lesen, wie jüngst die Bildungsberichterstattung der OECD, Education at a Glance, in denen Deutschland für die Zukunft denkbar schlechte Zeugnisse ausgestellt werden.

Gebraucht werden Arbeitskräfte, sie sich schnell auf neue Bedingungen einstellen können. Die flexibel auf neue Anforderungen reagieren. Die bereit und in der Lage sind, lebenslang zu lernen. – ein Begriff, der heute durchaus doppeldeutig gesehen wird.

Die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft hat einen hochkarätigen Aktionsrat Bildung unter der Leitung des Erziehungswissenschaftlers und Präsidenten der Freien Universität Berlin, Dieter Lenzen zusammengerufen. Dieser Aktionsrat hat in mehreren Gutachten ein

Leitbild für die Bildung der Zukunft entworfen. Und das ist: Der Einzelne als Unternehmer seiner selbst. Da heißt es:

„Das Individuum der Zukunft wird selbstverantwortlicher und in Bezug auf sein Leben „unternehmerisch“ tätig sein und sich nicht auf die organisierende Tätigkeit des Staates verlassen (20)

Und weiter heißt es, ganz in diesem Sinne, dass die Privatinitiative im allgemein bildenden Bereich gefördert werden soll.

„Privatinitiativen liegen in der Verantwortung des Einzelnen für seine Bildungsbiografie. Jedes Mitglied der künftigen Gesellschaft muss lernen, in seine eigene Bildung mehr zu investieren, sowohl ökonomisch als auch im Hinblick auf Zeit und Anstrengung.“(22)

Damit kommen wir zu dem zweiten zentralen Begriff, mit dem ich mich kritisch auseinandersetzen möchte – der Verantwortung: Wer ist verantwortlich? Ziel von Bildung ist das Individuum, das selbstbestimmt und selbstverantwortlich handeln kann. Das also sein Handeln organisieren kann, die Folgen abschätzen und planen kann, das seinen Horizont erweitert. Verantwortlich handeln bedeutet, die Folgen für andere, gesellschaftliche Folgen, die Belastung der Umwelt usw mit zu bedenken. Verantwortung ist ein ethischer Begriff.

Bereitschaft zur Selbstverantwortung und Verantwortung in der res publica (Gemeinwesen) ist das Ziel von Bildung, so hat es Hartmut von Hentig definiert. Was gehört dazu? Dazu gehört die Abwehr von Unmenschlichkeit – vom Mobbing bis zum Krieg, die Wahrnehmung von Glück, dem eigenen und dem anderer, die Fähigkeit und der Wille, sich mit anderen zu verständigen, also Kommunikationsfähigkeit, nicht bloß im technischen Sinn, ein Bewusstsein von der Geschichtlichkeit der eigenen Existenz – wo komme ich her – wo will ich, wo wollen wir hin, wie können wir das beeinflussen, und auch die Bereitschaft, sich mit den letzten Fragen der Existenz auseinanderzusetzen.

Im Verständnis des Aktionsrates Bildung schrumpft Verantwortung auf den Begriff des unternehmerischen Handelns: Wie verkaufe und vermarkte ich meine Arbeitskraft am besten? Jeder ist seines Glückes Schmied – jeder kann seine Zukunft selbst in die Hand nehmen – und er oder sie ist selbst schuld, wenn er oder sie es nicht tut, wenn er oder sie das Risiko falsch eingeschätzt hat und mit deinen Handlungsentwürfen scheitert.

Jeder hat die Chance, einen Hochschulabschluss zu erwerben, einen ordentlichen Berufsabschluss zu bekommen – und jeder ist selbst verantwortlich dafür, wenn er seine Chance nicht wahrnimmt – das ist, auf die Spitze getrieben, die Konsequenz aus diesem neoliberalen Bildungsverständnis.

Wer ist nun verantwortlich für die Bildung und ihre Qualität? Die Eltern oder die Schule?

Der Staat oder der Markt?

Oder nicht doch letztlich jeder selbst?

Zunächst einmal sind die Eltern verantwortlich für die Bildung ihrer Kinder, und heute wissen wir, wie wichtig die ersten Jahre für die weitere Entwicklung sind.

In der vergangenen Woche hat das Kinderhilfswerk seinen Kinderreport 2007 vorgelegt. Seit der Einführung von Hartz IV Anfang 2005 hat sich die Kinderarmut in Deutschland verdoppelt, heißt es darin. Mehr als 2,5 Millionen Jungen und Mädchen leben von Hartz IV oder Sozialhilfe. Das trifft für jedes dritte Kind mit Migrationshintergrund zu. Über den Zusammenhang von Armut und schlechten Bildungschancen ist mittlerweile genug gesagt worden – deshalb hier nur noch ein kurzes Zitat von Heinz Hilgers, dem Präsidenten des Deutschen Kinderschutzbundes:

„In der Konsequenz bedeutet das für diese Kinder: erstens eine erhebliche Reduzierung ihrer Chancen auf einen guten Schulabschluss, zweitens einen mangelhaften Gesundheitszustand bedingt durch z.B. schlechte Ernährung und drittens eine verminderte Förderung und Teilnahme an kulturellen Aktivitäten. Hinzu kommt, dass auch das Familienleben in vielen Hartz-IV-Familien Problem beladen verläuft und sich negativ auf die Entwicklung der Minderjährigen auswirkt.“

Das belegt zum Beispiel das Kinderpanel des Deutschen Jugendinstituts: Je länger

Kinder in armen Verhältnissen leben, desto häufiger wirkt sich die finanzielle Situation auf die schulischen Leistungen aus. Fast jedes zweite arme Kind hat eklatante Probleme im Rechnen – bei Kindern, die selten oder nie von Armut betroffen sind, liegt der Wert zwischen 15 und 20 Prozent. Aber auch umgekehrt wird ein Problem daraus: 8 Prozent aller dauerhaft in Armut lebenden Kinder kommen mit mathematischen Aufgaben sehr gut klar, während die anderen Gruppen hier Werte von bis zu 41 Prozent erzielen.

Die soziale Situation wirkt sich auch auf das Selbstwertgefühl und die Einschätzung der eigenen Leistungsfähigkeit aus. Auf die Frage, ob sie eine gute Arbeit schreiben, wenn sie sich vorher entsprechend anstrengen, antworten 98 aller nicht von Armut betroffenen Kinder mit „ja“. Bei den armen Altersgenossen sind es nur 89 Prozent. Knapp 10 Prozent sind also schon im Kindesalter davon überzeugt, dass sie ihre Situation durch Anstrengung und eigenes Bemühen nicht mehr verändern können.

Es ist zynisch, für diesen Kindern und ihren Eltern gegenüber den Anspruch der Selbstverantwortung zu postulieren. Je geringer der Bildungsstand der Eltern ist, je geringer ihr Einkommen, desto seltener besuchen ihre Kinder Tageseinrichtungen – die Kosten Beiträge, und darüber hinaus fallen noch andere Kosten an.

Weiter geht es mit der Grundschule. Seit der Weimarer Republik gibt es eine Schule für alle – die Grundschule. Bisher ist sie die einzige Schule, die von arm und reich gleichermaßen besucht wird – den neoliberalen Selbstverantwortungsideologen ist das ein Dorn im Auge. In Nordrhein-Westfalen haben sie ihren ersten großen Erfolg: Hier gibt es für die Kinder, die jetzt eingeschult werden keine Schulbezirke mehr, das heißt: man kann sein Kind an jeder beliebigen Grundschule anmelden. Die absehbare Folge: Es wird weiße und schwarze Schulen geben, wie in den Niederlanden. Bildungsbewusste und reiche Eltern werden sich Schulen aussuchen, in denen sie weniger Ausländerkinder und sozial schwache vermuten – die Bildungsamen bleiben unter sich. Erstens werden die in ihrer Resignation keine großen Anstrengungen unternehmen, um andere Schulen zu suchen, und zweitens müssen Eltern dann auch für den Transport ihrer Kinder selbst aufkommen. Die einen Schulen haben finanzstarke Elternvereine, haben eine Lobby im Stadtrat und sind für Lehrer attraktiver, die es gern mit pflegeleichten Kindern zu tun haben, die anderen müssen statt Blockflöte und Basketball am Nachmittags Sprachförderkurse und Hausaufgabenhilfe einrichten.

Die CDU-FDP-Regierung antwortet auf Kritik mit zwei Argumenten: Erstens: in den Modellregionen, die diese Wahlfreiheit schon seit letztem Jahr praktizieren zeigt sich, dass auch Migranten von der Wahlfreiheit Gebrauch machen. Das kann freilich nur die Ignoranten wundern, die Migration mit Desinteresse an Bildung gleich setzen. Dabei gibt es sehr viele ausländische Familien, die wissen, dass ihr Kind nur durch Bildung eine Chance in dieser Gesellschaft hat – und die versuchen, sie auch wahrzunehmen. Zurück bleiben diejenigen, die das nicht ernst genug nehmen. Und ihr zweites Argument: sie würden nur legalisieren, was heute ohnehin schon üblich sei. In der Tat – rund zehn Prozent der Eltern melden ihr Kind an einer anderen Grundschule an als der ihres Einzugsbereichs. In Köln ist gerade ein Junge tödlich verunglückt, der bei Rot einen Fußgängerüberweg nutzte. Daraufhin hat eine massive Kampagne eingesetzt, um die vielen Fußgänger zu überzeugen, die auch bei Rot die Straße überqueren. Niemand käme auf die Idee zu sagen, das machen doch alle, also müssen wir es legalisieren!

Während also bei der Einschulung der neoliberale Geist der Selbstverantwortung voll zuschlägt, werden die Eltern bei der Wahl der weiterführenden Schule entmündigt. Die Grundschulgutachten hatten in NRW bisher nur Empfehlungscharakter, nun sind sie verbindlich. Wer keine Gymnasialempfehlung hat darf auch nicht aufs Gymnasium. Die Absicht dahinter war, das weitere Ausbluten der Hauptschulen zu stoppen. Erreicht wurde aber, dass die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen mittlerweile das Angebot bei weitem übersteigt.

Die soziale Selektivität an der Schwelle zur weiterführenden Schule ist mittlerweile hinreichend belegt, Deutschland ist in dieser Beziehung nach wie vor unübertroffen. Es kommt hinzu, dass sowohl die Eltern als auch die Lehrerinnen und Lehrer bei gleicher Leistungsfähigkeit der Kinder je nach sozialer Herkunft unterschiedliche Schulentscheidungen treffen. Die Folge ist, dass Kinder unterer Sozialgruppen auch bei

gleicher Schulleistung bei der Übergangsentscheidung benachteiligt sind. Im Vergleich zu Kindern aus Facharbeiterfamilien ist die Chance eines Gymnasialbesuchs für Kinder aus Familien der höchsten Sozialschicht („Obere Dienstklasse“) mehr als viermal so hoch.

Der drohende Fachkräftemangel, die demografische Lücke - all das führt ja dazu, dass – ähnlich wie Ende der fünfziger Jahre nach dem Sputnik-Schock, wieder mehr öffentliche Verantwortung für die Bildung eingefordert wird. Einige erfreuliche Folgen hat das ja schon – etwa den Ausbau der Vorschulbetreuung.

Wer ist Verantwortlich – der Markt oder der Staat?

Auch im Kernbereich öffentlicher Bildung, in der Schule, greift allmählich der Markt um sich. Es gibt einige mehr oder minder spektakuläre Privatschulgründungen. Bisher waren es vor allem Konfessionsschulen oder reformpädagogisch orientierte Anstalten, Internate und Waldorfschulen, doch nun entstehen Neugründungen, die einfach nur versprechen, dass sie halten, was eine fortschrittliche Pädagogik verspricht: Individuelle Ganztagsbetreuung, Projektlernen, vielfältige und anregungsreiche Lernumgebung, zweisprachiger Unterricht von Anfang an und kleine Klassen mit zwei Lehrern für 20 Kinder – fast alle Punkte, die jeder GEW-ler für sich genommen sofort unterschreiben müsste. Die Phorms AG in Berlin ist die erste Firma, die Privatschulen richtig kommerziell aufzieht. Die Renditeerwartungen dürften am Anfang noch nicht berauschend sein, es geht dem Gründer, einem Unternehmer aus der Biotech-Branche darum, ein Zeichen zu setzen: Nur was sich rechnet ist auch wirklich gut. Die Qualität seines Bildungsangebots will er vom Markt bewerten lassen. Bei ihm zahlt man gestaffelte Beiträge, zwischen 350 und 1000 Euro. (ein Gerücht, aber aus zuverlässiger Quelle: Der Bertelsmann-Konzern will mit seiner Dienstleistungstochter Arvato ins Schulgeschäft einsteigen.)

Im Nachhilfebereich gibt es bereits zwei große Anbieter, hinter denen Konzerne stehen: Der Studienkreis, eine Tochter von Cornelsen, und die Schülerhilfe, ein Ableger von Silvan, hinter der wiederum eines der größten Bildungsdienstleister in den USA steckt. Beide setzen mehrere Millionen um.

Momentan sind es noch nicht mehr als 7 Prozent der Schülerinnen und Schüler, die auf Privatschulen gehen, doch wenn sogar Bertelsmann diesen Markt entdeckt kann man davon ausgehen, dass die Privatisierung rasch voran schreitet. Zwei gesellschaftliche Entwicklungen deuten darauf hin, dass es so kommen wird wie in den USA und Großbritannien, dass der Staat nämlich nur noch eine mehr schlechte als rechte Grundversorgung gewährleistet. Für alles, was darüber hinaus geht muss man privat drauf bezahlen – ähnlich wie ja schon im Gesundheitswesen:

erstens die zunehmende Polarisierung von Armut und Reichtum. Die Angst der Mittelschichten vor dem sozialen Abstieg nimmt zu, sie sind bereit, mehr und mehr in die Bildung ihrer Kinder zu investieren und

zweitens die öffentliche Armut, die unsere Schulen immer mehr verkommen lässt. Letzteres ist, bei aller Kritik, doch noch nicht so weit fortgeschritten.

In den Hochschulen ist die Entwicklung – weg von der öffentlichen Verantwortung hin zu einer Privatisierung schon weit fortgeschritten.

Auch hier eröffnet sich ein Dienstleistungsmarkt, in den zunehmend private Investoren einsteigen. Lukrativ sind weniger die großen Vorzeige-Einrichtungen, die Privatuniversität Witten/Herdecke oder die International University of Bremen, die ja nun Jacobs University heißt. Von der Öffentlichkeit unbemerkt richten sich mehr und mehr private Fachhochschulen ein, relativ klein, wie die Fachhochschule Göttingen, oder in Bad Honnef eine Fachhochschule, die Studiengänge im Touristik-Bereich anbietet. Letztere ist gerade für einen zweistelligen Millionenbetrag gekauft worden. Bildung ist ein Wachstumsmarkt, und der akademische Kuchen werde in Deutschland in den kommenden Jahren verteilt, sagt Ingo Krocke von der Münchner Finanzierungsgesellschaft auctus, die sich in Bad Honnef eingekauft hat. .

Das Studium an diesen Fachhochschulen kostet zwischen 8000 und 10 000 Euro im Jahr. Viele dieser kleinen auf Betriebswirtschaft spezialisierten Fachhochschulen bieten duale Studiengänge an, oder sie kooperieren zumindest eng mit Firmen, in denen ihre

Studierenden dann Praktika absolvierten, und der eine oder andere Abteilungsleiter kann dann dort unterrichten und sich eventuell sogar mit einem Professorentitel schmücken.

Die Finanzierungsmodelle sind unterschiedlich. Bei den privaten müssen die Studierenden ihr Studium oft selbst bezahlen, aber die enge Verbindung zu einer Firma scheint ja ihre Aussichten für einen Berufseinstieg zu verbessern.

Über diese privaten Hochschulen hinaus wird die Hochschulbildung aber zunehmend marktmäßig organisiert. Die Hochschulen bekommen Globalhaushalte und müssen eigenständig wirtschaften. Der Staat zieht sich aus der Verantwortung für die Hochschulfinanzierung zurück. In Niedersachsen und Hessen werden Universitäten als Stiftungshochschulen outgesourct. In Nordrhein-Westfalen wollte der Wissenschaftsminister Pinkwart so weit gehen, dass die Hochschulen als eigenständige Betriebe auch in Konkurs gehen könnten – das wurde gerade noch mal verhindert. Die haben dann unterschiedliche Einnahmequellen – Studiengebühren, Forschungsdrittmittel, noch ziemlich unerschlossen das Anbieten von Weiterbildungskursen und schließlich Studiengebühren.

Noch in den siebziger Jahren verpflichtete das Bundesverfassungsgericht den Staat zum Offenhalten der Hochschulen. Das gehöre zu seinen Pflichten, denn im Grundgesetz ist die Freiheit der Berufswahl verankert. Daraufhin entstanden die Numerus-Clausus-Regeln, die ja auch über lange Wartezeiten schlechten Abiturienten noch eine Chance gaben, und die Kapazitätsverordnung, mit der Sollwerte errechnet werden konnten, wie viele Studienplätze eine Hochschule anbieten muss. Damit wollte man verhindern, dass Hochschulen die Schotten dicht machen und die Abiturienten vor der Tür stehen ließen. All diese Regelungen werden heute als angeblich bürokratische Monster abgeschafft.

Der jüngste Coup der Deregulierung: Die ersatzlose Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes. Damit verzichtet die Bundesrepublik sogar auf die letzten Regulierungsrechte, die ihr nach der Föderalismusreform noch geblieben sind – die Regelung des Hochschulzugangs und der Abschlüsse. Die Abschlüsse werden jetzt zwar allgemein durch die Bologna-Reform auf europäischer Ebene geregelt, aber was den Zugang betrifft wird bald ein ziemliches Tohuwabohu entstehen, was die Zugangsmöglichkeiten für Menschen mit Berufsausbildung oder anderen Qualifikationen angeht. Die Mobilität wird leiden.

Die Neuordnung der Studiengänge nach dem Bachelor- und Master-System auf der anderen Seite ist ein Prozess, den man keineswegs den Kräften des Marktes überlassen hat. Den hat man ziemlich rigide, mit bürokratischen Vorschriften von oben in den Hochschulen durchgesetzt. Auf der einen Seite ist es sicher richtig, den Studierenden mehr Anleitung und Betreuung zu geben, die hilflos im Massenbetrieb der Hochschulen unterzugehen drohen. Und es ist legitim, jungen Menschen Studiengänge anzubieten, in denen sie sich rasch für einen qualifizierten und entsprechend gut bezahlten Beruf ausbilden können, was ja der Anspruch des verkürzten Bachelor-Studiengangs ist.

Fragt sich nur, ob diese Ziele wirklich erreicht werden. Mehr Verschulung und Anleitung im Studium sollte die Selbstständigkeit, also die Selbstverantwortlichkeit zum Ziel haben. Hierzulande gibt es nur wenige Beispiele dafür, dass Studierende im Bachelor-Studium zum selbstständigen wissenschaftlichen Arbeiten geführt werden – und das müsste ja nicht nur für diejenigen das Ziel sein, die in die Wissenschaft gehen, sondern für alle, die selbständig und wissenschaftlich begründet entscheiden und handeln müssen. Bei den gegenwärtigen Betreuungsverhältnissen – im Schnitt ein Professor für 60 Studierende – scheint das auch kaum möglich zu sein.

Ziel der Studienreform sollte ja sein, dass mehr junge Leute einen akademischen Abschluss erreichen können. Deutschland liegt bekanntlich international weit zurück mit einer Quote von rund 20 Prozent akademischen Abschlüssen pro Jahrgang und einer rückläufigen Quote von Studienanfängern, die sich in den ersten Jahren des Jahrtausends der 40-Prozentmarke genähert hatte. Derzeit erleben wir die interessante Entwicklung, dass zwar der Anteil derjenigen steigt, die eine Studienberechtigung haben, gleichzeitig aber der Anteil derjenigen sinkt, die von dieser Berechtigung auch Gebrauch machen. Es liegt nahe, das auf die Studiengebühren zurück zu führen, aber das ist es

sicher nicht allein. Die Studienplätze werden verknappt. Das Bachelor-Studium ist betreuungsaufwändiger, deshalb können die Hochschulen bei gleich bleibendem oder vielerorts reduziertem Personal nur weniger Studienplätze anbieten. Es gibt Universitäten, wie die in Köln, in denen es kein Fach mehr ohne Studienplatzbeschränkung gibt.

Wer ist verantwortlich? Die Hochschulen wollen die Zulassung von Studierenden in eigener Verantwortung regeln. Damit verzichtet der Staat darauf, die vom Bundesverfassungsgericht im Numerus-Clausus-Urteil festgeschriebene Freiheit der Berufswahl auch durchzusetzen.

Wenn die OECD Deutschland seine Rückständigkeit vorhält, weil hierzulande die Studierendenquote nicht einmal die Hälfte eines Altersjahrgangs erreicht, geschweige denn die 70 Prozent und mehr in Japan oder Finnland wird immer gern auf das duale Berufsbildungssystem verwiesen.

Kommen wir noch zur beruflichen Bildung – wer ist verantwortlich? Die Unternehmen? Die Kammern? Die Partner in der dualen Ausbildung?

Unternehmervertreter, Gewerkschaften, die Bildungspolitiker aller Parteien sind sich einig, wenn sie das duale System der Berufsausbildung loben. Nur: Es funktioniert leider nicht mehr richtig. Innerhalb eines Jahrzehnts ist das duale System zu einem Minderheitenmodell geworden. Ist es ein Auslaufmodell?

Waren es vor zehn Jahren noch 51 Prozent der Neuzugänge zur Beruflichen Bildung, die einen Lehrvertrag mit einer Firma hatten, so sind es heute nur noch 43 Prozent. Viele von denen sind auch noch staatlich subventioniert, vor allem in Ostdeutschland. 17 Prozent beginnen eine vollzeitschulische Ausbildung und 40 Prozent landen im Übergangssystem, sie holen in Berufsfachschulen einen Abschluss nach, landen in Maßnahmen der Bundesagentur oder besuchen berufsvorbereitende Lehrgänge. Wer ohne Hauptschulabschluss abgeht hat praktisch keine Chance mehr auf eine Lehrstelle, selbst unter den Hauptschulabsolventen sind es in manchen Großstädten nur noch 20 Prozent, andernorts vielleicht noch etwas mehr. In Köln, wo diese Daten regelmäßig erhoben werden, haben fünf Prozent der Schulabgänger an Hauptschulen im Frühjahr einen Lehrvertrag in der Tasche.

Bis in die achtziger Jahre, so stellt Martin Baethge in einer Analyse fest, hatte das betriebliche Berufsbildungssystem auf geburtenstarke Jahrgänge oder vorübergehende Einbrüche beim Angebot von Lehrstellen flexibel reagiert. Anfang der achtziger Jahre stieg die Zahl der neu abgeschlossenen Lehrverträge fast um 200 000. Heute dagegen tut sich wenig. Woran es liegt? Martin Baethge führt zwei Ursachen an: Erstens das geänderte Geschäftsverhalten der Unternehmen: Sie denken nicht mehr langfristig, sondern innerhalb und zwischen den Abteilungen müssen kurzfristig Kosteneinsparungen und Gewinne erwirtschaftet werden. Und zweitens die Verschiebung von der Produktions- zur Dienstleistungsökonomie. Dienstleistungsberufe bilden traditionell weniger aus. Die an handwerklichen Strukturen orientierte duale Berufsausbildung entspricht nicht ihren Bedürfnissen.

Die Hauptverlierer dieser Entwicklung sind männliche Jugendliche mit niedrigen Bildungsabschlüssen – für sie haben die Ausbildungsstellen am stärksten abgenommen.

Die Unternehmen bedienen sich lieber bei Hochschulabsolventen. Deren Ausbildungskosten haben sie zumindest nicht direkt zu bezahlen. Außerdem entsprechen akademisch gebildete Fachkräfte, in kaufmännischen und ingenieurwissenschaftlichen Berufen besser den Anforderungen einer hoch flexiblen Arbeitswelt, den geschäftsprozessorientierten Produktionsabläufen, in dem ein Mitarbeiter komplexere Aufgaben wahrzunehmen hat.

Das duale System der Berufsausbildung war einmal ein Standortvorteil, als Deutschland noch von seiner industriellen Produktion lebte. Bei der Produktion von hochwertigen Dienstleistungen scheint es nicht mehr hilfreich zu sein. Nun sind offenbar die Länder im Vorteil, die kein so gutes Berufliches Bildungssystem hatten und deshalb schon vorher auf eine Qualifizierung im Schul- und Hochschulsystem gesetzt haben.

Die Unternehmen und das korporatistische System der Berufsausbildung können offenbar die Verantwortung für die berufliche Bildung nicht mehr allein tragen. Die Grenzen

zwischen beruflicher Bildung und Hochschulausbildung werden fließend. Das zeigt sich nicht nur an den dualen Studiengängen, sondern auch daran, dass Berufsakademien versuchen, in den akademischen Bereich vorzustoßen, und dass Kammern ihre Qualifikationen mit dem Label „Bachelor“ versehen wollen. Auch im europäischen Qualifikationsrahmen wird ja ein einheitliches System zur Bewertung und Klassifizierung geschaffen, in dem akademische und nichtakademische Qualifikationen gleich gesetzt werden.

Umstrukturiert wird das System nun auch durch die europäische Integration. Gerade ist der Europäische Qualifikationsrahmen verabschiedet worden, mit seine Punktesystem ECVET. Innerhalb der Gewerkschaften gibt es die Befürchtung, dass das zur Auflösung herkömmlicher Berufsbilder führen kann, dass an die Stelle in sich geschlossener Berufsbilder ein System von Modulen treten wird, die jeweils mit Punkten versehen sind, dass in der Folge jeder Arbeitnehmer – als Unternehmer seiner selbst, sich seine Berufsbiografie aus diesen Bausteinen selbst zusammen bastelt.

Die Qualifikation der Arbeitskraft ist nie abgeschlossen, immer kann man noch einen Baustein darauf setzen. Lebenslanges Lernen ist die Forderung. In der Weiterbildung öffnet sich die Schere zwischen denen die haben, und denen die nicht haben noch einmal weiter: Die Teilnehmer an Weiterbildung haben meisten schon eine hohe berufliche und allgemeine Qualifikation.

Kann man also die Verantwortung für das berufliche Bildungssystem den bisherigen Akteuren überlassen?

Wohl kaum.

Bildung hat mit Selbstverantwortung zu tun. Und neoliberale Ideologen setzen verantwortliches Handeln, Selbstverantwortung gleich mit unternehmerischem Handeln.

Die Verantwortung soll von der Gesellschaft auf den Einzelnen verlagert werden. Nicht der Staat sollte die Bildung regulieren, Zugänge ermöglichen, sondern der Markt. Zu einem so verkürzten Begriff von Verantwortung kann man nur kommen, wenn man den Einzelnen als Unternehmer seiner selbst begreift, der nichts weiter im Sinn hat als sich selbst zu vermarkten, wenn man dann als Ziel von Bildungseinrichtungen und –veranstaltungen nur die Berufs- oder Arbeitsfähigkeit sieht.

Die Menschen stehen am Ende ihrer Schulzeit oder gar ihrer Ausbildung nicht mehr als Arbeitnehmer mit einem festen Beruf in der Tasche auf dem Arbeitsmarkt. Sie müssen zumindest für lange Zeit in Unsicherheit leben – als Schulabgänger wissen sie nicht, ob sie einen Ausbildungsplatz bekommen, als Besucher einer Übergangsmaßnahme haben sie keine Ahnung, was aus ihnen werden wird, die Berufsbilder von Bachelor sind völlig ungeklärt. Jung Leute mit beruflicher Ausbildung sind heute oft älter, wenn sie fertig ausgebildet sind als junge Menschen mit einem Schnelldurchlauf durch das bald 12-jährige Gymnasium und ein Kurzstudium. Kurz: Berufsfähigkeit allein reicht heute weniger denn je. Wer sein Leben selbst gestalten will, muss mit so vielen Unsicherheiten fertig werden, muss einen Überblick behalten, um nicht völlig verängstigt zu werden, der braucht mehr, der braucht eine umfassende Bildung. Verantwortlich dafür, dass jeder diese Möglichkeit auch wahrnehmen kann ist die Gesellschaft. Ein wichtiger Teil dieser Gesellschaft sind die Gewerkschaften.

Wenn wir über Verantwortung reden fällt mir ein abgegriffener Spruch von Maria Montessori ein: Hilf mir, es selbst zu tun – also: Erzieher, Lehrer, Eltern, Staat, sind verantwortlich dafür, dass junge Menschen selbstverantwortlich handeln können. Und das ist, das sollte man zum Schluss noch sagen, keine Frage allein des Lernens, sondern der realen Möglichkeiten, also eine gesellschaftspolitische Aufgabe.